

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Beifigeld vierteljährlich 14.00 zł., monatl. 4.80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16.08 zł., monatl. 5.36 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 7 zł., Danzig 3 zł., Deutschland 2.50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 80 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 150 Groschen. Danzig 20 bzw. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offsetengebühr 100 Groschen. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postkonto: Bremen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 137.

Bromberg, Sonnabend den 19. Juni 1926.

33. (50.) Jahrg.

Die Abänderung der polnischen Verfassung.

(Von unserem Warschauer Vertreter.)

Die Regierung Bartel hat gestern dem Sejm einige Gesetzesentwürfe vorgelegt, von denen der wichtigste die Abänderung der Verfassung betrifft. Hier wiederum bildet der Artikel 5 den Schlüssel zur Situation. Im Juli wird der Sejm geschlossen, so daß das Rektonger für das Jahr 1926 auf dem Verordnungswege durch die Regierung ins Leben treten wird. Im September d. J. wird der Staatspräsident den Sejm von neuem einberufen, damit dieser in einer ordentlichen Session das Budget für das Jahr 1927 annimmt. Der Sejm kann aber auch aufgelöst werden, denn im Art. 5 Absatz 2 heißt es, daß man dem Staatspräsidenten von vorhernein die Berechtigung zum Erlass von Dekreten für das ganze Jahr 1927 erteilt. Das bedeutet also, daß der neue Sejm der Ende 1926 oder Anfang 1927 gewählt wird, für die Herbstsession im ersten Falle zu spät, im zweiten zu früh, im Jahre 1927 keine genau umschriebene Tätigkeit haben wird. Soviel die Regierung also an derthalb Jahre lang allein regieren. Wenn nämlich der Sejm mit absoluter Stimmenmehrheit irgendeine Verordnung des Staatspräsidenten oder der Regierung aufheben würde, so kann er durch den Staatspräsidenten aufgelöst werden. Die Projekte der Regierung über die Erweiterung der Rechte des Staatspräsidenten gehen also ziemlich weit. Die Regierung will dem Staatspräsidenten übrigens nicht allein das Recht zur Auflösung von Sejm und Senat erteilen, sondern sie will ihm auch das Vetorecht gegen die vom Parlament angenommenen Gesetze zufüllen lassen. Außerdem soll der Staatspräsident in der Zeit der Nichttagung des Landtags berechtigt sein, selbst Verordnungen mit Gesetzesvollzugskraft zu erlassen.

Die Möglichkeit der Parlamentsauflösung ist den Staatsoberhäuptern in fast allen europäischen Verfassungen gegeben. In Deutschland darf der Reichspräsident den Reichstag aus demselben Grunde nur einmal auflösen. In der Tschechoslowakei darf der Staatspräsident beide Kammern auflösen, doch ist hier die Begrenzung vorgesehen, daß er dies nicht in dem letzten Halbjahr seiner Amtszeit darf. In Frankreich kann der Staatspräsident den Senat nicht auflösen, und hieraus ergibt sich das Übergewicht des Senats gegenüber der Deputiertenkammer. Die Deputiertenkammer kann der Staatspräsident mit dem Einverständnis des Senats auflösen, der auf Grund der Gesetze aus den Jahren 1875 und 1884 unter vollständig anderen Bedingungen gewählt wird, als die Deputiertenkammer. Von neueren Verfassungen, die von der Auflösung der Parlamente durch sich selbst sprechen, sind zu nennen: die Verfassung in Preußen (hier kann der Landtag auch durch Volksentscheid aufgelöst werden), sowie die Verfassung Österreichs, wo der Staatspräsident nicht das Recht besitzt, das Parlament aufzulösen (er muß für die Sünden des Gesetzes aus dem Jahre 1868 büßen, das im früheren Österreich zur Unterdrückung des Parlaments oft angewandt wurde). Das Recht der Parlamentsauflösung steht auch nicht dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu.

Das Vetorecht besitzen nur wenige Staatspräsidenten. In Deutschland sind die Vorschriften hierüber ziemlich kompliziert. Der Reichspräsident kann hier aber auf die Ablehnung eines Gesetzes dadurch einwirken, daß er über das Gesetz einen Volksentscheid zuläßt, wozu er das Recht besitzt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist das Vetorecht des Staatspräsidenten am deutlichsten formuliert. Er kann binnen zehn Tagen das Gesetz an das Repräsentantenhaus mit seinen Einwendungen zurückgeben lassen. Erst wenn dann beide Kammern, Senat und Repräsentantenhaus, das beanstandete Projekt mit Zweidrittel-Mehrheit annehmen, wird es zum Gesetz erhoben.

Das Recht, daß Dekrete durch den Staatspräsidenten und den Ministerrat mit Gesetzesvollzugskraft während der Legislaturperiode erlassen werden können, findet man im Ausland selten. In Deutschland, Frankreich, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika kann der Präsident das Parlament nur in dringenden Fällen zur außerordentlichen Session einberufen. In Preußen und in der Tschechoslowakei ist während der Auflösung des Landtags eine ständige spezielle Parlamentskommission einzurufen, die die Ausführungsbehörden überwacht. Sie kann sogar Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, die die Zustimmung des Parlaments binnen zwei Monaten nach seiner ersten Sitzung erlangen müssen.

Die Projekte der Regierung bezüglich der Erweiterung der Rechte des Staatspräsidenten sind auf den Widerstand der Sozialisten gestoßen. Die Rechte ist dagegen für die Erweiterung der Rechte des Staatspräsidenten, doch verlangt sie, wie aus den Ausführungen der Warschauer Organe der nationaldemokratischen und der christlichdemokratischen Partei hervorgeht, daß auch die Wahlordnung abgeändert werde. Man will zunächst die Abgeordnetenzahl herabsetzen, ferner mehr Wirtschaftsvertreter in den Sejm hinzutun, und endlich soll durch die Abänderung eine Annahme der Vertreter der nationalen Minderheiten und der Linksparteien unmöglich gemacht werden. Die Rechte sagt, daß die jetzige Wahlordnung dem Staate unendlich viel Völkern aufgefügt hätte und daß eine völlige Besserung der Verhältnisse ohne eine gleichzeitige Abänderung des Wahlgesetzes nicht möglich sei. Wenn die jetzige Wahlverordnung weiterbliebe, so würde man das Bild des gegenwärtigen Sejm beibehalten oder gar eine noch viel schlimmere Anlage davon erhalten. In Wirklichkeit ist das Gegenteil wahr. Gerade wenn man die jetzige Wahlordnung nicht abändern würde, würde der neue Sejm zum ersten Male ein richtiges Bild der tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Lande aufweisen. Die Rechtsparteien haben also wiederum einen regelrechten Kuhhandel vor. Die Regierung hat sich mit der Frage der Abänderung der Wahlordnung noch nicht beschäftigt. Ministerpräsident Bartel erklärte in einer Unterredung ausdrücklich: „Noch nicht!“ Man kann daraus schließen, daß sich die Regierung damit also doch noch beschäftigen will. Der Justizminister Makowski erklärte übrigens in einem Inter-

view, daß eine stärkere Vertretung der allgemeinen Interessengemeinschaften erreicht werden müsse, demnach sollten also mehr Wirtschaftsleute in den Sejm einziehen. Mit einer solchen Abänderung könnten sich auch die nationalen Minderheiten abfinden, nicht aber mit einer Abänderung, die ihnen im Sejm und Senat nicht das richtige Kräfteverhältnis verschafft.

Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Bartel geht alsdann hervor, daß die Regierung im Falle der Nichtannahme ihrer Vorlage demissionieren würde. Diese Aussage des Ministerpräsidenten hat den Abgeordneten der Rechten die verlorengangene Sicherheit, daß die Selbstbewußtsein und gar den Humor plötzlich wiedergegeben. Hofft man doch auf der Rechten, daß allmählich „alles wieder in den normalen Zustand zurückkehren wird.“ Wird das aber ein normaler Zustand sein? Nein. Die Abgeordneten der Rechten verwchseln hier die Begriffe. Normal würde die Lage werden, wenn der Sejm die Abnormität des gegenwärtigen Zustandes erkennen und die Abänderung der Verfassung beschließen sollte, denn das erst würde die Perspektive auf tatsächlich normale Verhältnisse eröffnen. Übrigens hat an den Beratungen der Regierung über die Abänderung der Verfassung auch der Staatspräsident Moscicki einen sehr regen Anteil genommen. Für den Fall, daß der Sejm das Gesetzesprojekt ablehnen sollte, ist nicht nur mit der Demission der Regierung, sondern auch mit der Resignation des fürzlich gewählten Staatspräsidenten Moscicki zu rechnen. Dann aber dürfte unzweckhaft die Militärdiktatur des Marschalls Piłsudski in Aktion treten, die natürlich die unverhinderlichen Abgeordneten davonjagen würde.

In Abgeordnetenkreisen hat man inzwischen eingesehen, welche Gefahr dem Sejm für den Fall droht, wenn er die notwendigen Gesetzesprojekte der Regierung ablehnen sollte. Deshalb ist man im Sejm sowohl auf der Rechten als auch auf der Linken zu der Überzeugung gekommen, daß die Abänderung der Konstitution geboten erscheint. Die Sozialdemokraten haben ihren Caußagang bereits vor drei Tagen angekündigt. Anfangs wollte die Sozialdemokratie von den „undemokratischen“ Ermächtigungen des Staatspräsidenten nichts wissen, heute will sich die Linke sogar mit dem Veto des Staatspräsidenten einverstanden erklären, wenn das Veto so wie in Deutschland zur Volksbefragung über das betreffende Gesetz führt. (Wie das z. B. gegenwärtig bei der Frage der Fürstenabfindung der Fall ist.)

Indessen hat die Regierung einen großen Fehler gemacht, daß sie das Gesetz in aller Heimlichkeit ohne Bziehung breiter Fachkreise bearbeitet hat. Hätte sie das Gesetzesprojekt der Fachkreise zur Überprüfung überlassen, so hätte das Projekt in den breiten Massen sicherlich mehr Unterstützung gefunden.

Der Sejm wird gewarnt.

Pilsudski will seinen Staatsstreich wiederholen.

Der „Kurjer Poznański“, der Marschall Piłsudski sehr nahe steht, veröffentlicht einen auffälligen Artikel unter dem Titel: „Die Regierungprojekte und das Murren der Linken“, der in Parlamentskreisen gegenwärtig eifrig kommentiert wird. Der Autor des Artikels meint einleitend, der Widerstand der Linksparteien gegen die Regierungprojekte über die Änderung der Konstitution würde den Rechtsparteien sehr gelegen kommen und wäre Wasser auf ihre Mühlens. Der Sejm habe zwar die Möglichkeit, die Regierungprojekte zunächst zu machen, allerdings müsse sich der Sejm auch über die Konsequenzen klar sein, die aus seiner Haltung gezogen werden müssen. Sicherlich ist es sehr leicht, die Regierung Bartel und den Staatspräsidenten Moscicki zum Rücktritt zu zwingen. Damit aber würde man automatisch zu der Situation vor dem 15. Mai zurückkehren, und was dann kommt, weiß niemand. Die polnische Linke wäre dann vor die Alternative gestellt, sich entweder mit einem Rechtskabinett einverstanden zu erklären oder aber Marschall Piłsudski anzusehnen, das zu tun, was er am 15. Mai nicht tun wollte.

Wenn sich jedoch die Linke weder für das eine, noch für das andere entschließen würde, sondern weiterhin bei ihrer Forderung der Vertiefung der Revolution verbleiben sollte, dann würde ein solches Chaos entstehen, daß von irgend welchen legalen Privilegien des Sejm keine Rede mehr sein könnte. Dann wäre nurmehr die Armee ein solider und dauerhafter Faktor. In den Füßen der Armee würde sich die gesamte Rechte hinwerfen, um die Rettung vor dem Bolschewismus zu erleben. Alle Bedingungen, die der Rechten dann gestellt würden, müßte sie annehmen. Und sicherlich wären das keine anderen Bedingungen, wie diejenigen, die gegenwärtig die Regierung Bartel stellt.

Zum Grunde genommen, kommt es also nur darauf an, ob die Bedingungen der Regierung Bartel gutwillig oder erst unter Zwang angenommen werden. Angenommen aber müssen sie werden. Deshalb ist auch das Murren der Linken und das Ausmachen der Rechten nicht allzu tragisch zu nehmen.

*

In politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der Frage der Verfassungsänderungen, wobei die Beratung der Parlamente bis zum 31. Dezember d. J. im Mittelpunkt der Erörterungen steht. Man glaubt nicht, daß sich für den Regierungsentwurf eine Mehrheit finden wird. Wie verlautet, werden die polnischen Sozialisten, die Wyzwolenie und die Radikale Partei gegen den Vorstoss stimmen. Sollte hierfür eine Mehrheit nicht auftauchen kommen, so wird der Staatspräsident den Entwurf des Kabinetts als rechtskräftig erklären, so daß die Verfassungsänderungen auf diese Weise in Kraft treten. Der Sejm soll zwar das

Der Stand des Zloty am 18. Juni:

In Danzig: für 100 Zloty 50,70
In Berlin: für 100 Zloty 41,15
(beide Notierungen vorbörslich)

Bank Polski: 1 Dollar = 9,96
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 10,25.

Nicht haben, dieses Gesetz anzunehmen, verlangt wird jedoch Einstimmigkeit. Wird diese nicht erreicht, so tritt die Verordnung des Staatspräsidenten endgültig in Kraft. Den betreffenden Gesetzesentwurf wird Ministerpräsident Bartel wahrscheinlich schon in der am 22. d. M. stattfindenden Sitzung des Sejm vorlegen.

Die Weißrussen zur Verfassungsänderung.

Warschau, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gestern sprachen bei dem Sejmarschall Mataj Vertreter der weißrussischen Bevölkerung vor, deren Sprecher der Abgeordnete Jeremicz war. Dieser erklärte, daß die weißrussischen Abgeordneten jede Abänderung der Verfassung ablehnen. Die Konstitution sei die einzige Garantie für die nationalen Minderheiten. Würden diese für eine Änderung der Konstitution stimmen, so würden sie eine Waffe gegen sich selbst schmieden, da man heute noch nicht weiß, wer die Waffe in die Hand nimmt. Es könnte sein, daß sich die Waffe in den Händen Roman Dmowskis finden wird. Weiter erklärte der Redner, daß der Weißrussische Club für die Auflösung des Sejm im Juli und für Neuwahlen im Oktober sei.

Der Ukrainer Club hat sich bekanntlich in ähnlicher Sinne ausgesprochen.

Die Minderheiten in Deutschland.

Berlin, 18. Juni. Das Reichsministerium des Innern ist zurzeit mit der Frage einer gesetzlichen Regelung der kulturellen Behandlung der Minderheiten beschäftigt. Man hofft, daß die wegen der gesetzlichen Regelung der Minderheitenfragen demnächst zwischen den Ländern stattfindenden Verhandlungen zu einer Einigung führen werden.

Es bleibt doch bei „Bromberg“.

Die „Deutsche Rundschau“ wiederum vor Gericht.

Bekanntlich war seinerzeit gegen die in dem Verantwortlichkeitsvermerk der „Deutschen Rundschau“ aufgeführten Mitglieder unserer Redaktion, den Hauptchristleiter Gottbold Starke, den verantwortlichen Schriftleiter Johannes Kruse und den Prokuristen Edmund Przygodzki Anklage erhoben worden, weil ihr Vermerk statt auf „Bydgoszcz“, „Bromberg“ lautete. Der Anklageverteilter hatte in der Verhandlung, die am 15. Februar d. J. stattfand und sich auf die Paragraphen 6 und 7 des Pressegesetzes stützte, gegen sämtliche drei Angeklagte vier Wochen Haft beantragt. Das Urteil lautete damals auf Freiheitserkläreung, mit der Begründung, daß den Bestimmungen der erwähnten Paragraphen Genüge geschehen sei, die zwar den Wohnort der verantwortlichen Redakteure erfordere, jedoch nicht feststehe, in welcher Sprache dieser Ort genannt werden soll. Es darf wohl daran erinnert werden, daß in dieser Gerichtsverhandlung in Deutschland erscheinende polnische Zeitungen vorgelegt wurden („Gazeta Olsztyńska“ und „Katali“), in denen die Ortsbezeichnung nur in polnischer Sprache vermerkt wird. Der „Dziennik Bydgoski“, der „Kurjer Poznański“ und andere in diesem Teilstadt zu preußischer Zeit erschienene Zeitungen wandten dieselbe Methode an. Bei dieser Gelegenheit wurde auch von den Angeklagten auf den allgemeinen Internationalen Brauch hingewiesen, daß die Minderheitspresse auch den Wohnort in ihrem Verantwortlichkeitsvermerk in der Sprache der Minderheit angeben dürfe. Dieser internationale Brauch sei vor sechs Jahren durch die erste polnische Verwaltungsbehörde dadurch anerkannt worden, daß sie bei einer genauen Kritik der äußeren Form unseres Blattes (früher „Österr. Deutsche Rundschau“) eine Änderung verlangt habe, daß aber die Anwendung des Namens „Bromberg“ im Verantwortlichkeitsvermerk nicht beanstandet worden sei.

Gegen das freisprechende Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, und so kam die Sache am gestrigen Donnerstag vor der zweiten Strafkammer des bietigsten Bezirksgerichts wiederum zur Verhandlung. Die Angeklagten brachten dieselben Argumente vor, wie in der ersten Verhandlung, mit dem Zusatz, daß die Anklageschrift, die dahin lautete, daß in Polen „Bromberg“ niemand kenne, schon darüber hinausging, sei, daß somööder Untersuchungsrichter, als auch der Staatsanwalt die Angeklagten immer fände. Und die Angeklagten läuteten gestern nicht zum ersten Male auf der Anklagebank. D. Red.

Trotzdem hielt der Anklageverteilter seine Berufung an. Er sagte, daß er wohl das Internationale Recht anerkenne, einen anderen Standpunkt nehme aber das höchste Gericht in Warschau ein. Die Höhe der Strafe überließ er dem Gericht.

Nach einer kurzen Beratung bestätigte die Strafkammer das freisprechende Urteil der ersten Instanz mit folgender Begründung:

Einen Verstoß gegen die Paragraphen 6 und 7 des Pressegesetzes kann das Gericht nach den Erklärungen der Angeklagten und des vorgelegten Beweismaterials in Gestalt von in Deutschland erscheinenden Zeitungen nicht erblicken. Sodann sich die Angeklagten sträuben, in ihrem Zeichnungsvermerk „Bromberg“ statt „Bydgoszcz“ zu schreiben, habe das Gericht „Leider“ nicht die Macht, dem in Form eines Gerichtsbeschlusses entgegenzutreten.

Der Volksentscheid in Deutschland.

Warum die Gegner des Volksentscheids zu Hause bleiben müssen.

Für den am Sonntag, 20. Juni, in Deutschland stattfindenden Volksentscheid über die Fürstenabstimmung haben die Gegner dieser ganzen Aktion die Parole ausgegeben: „Nicht zur Abstimmung gehen, sondern zu Hause bleiben.“ Der Freiburger Rechtslehrer Prof. Dr. Frhr. Marschall v. Bieberstein begründet dies in der „Deutschen Allg. Zeitg.“ wie folgt:

„Darf man denn am 20. Juni nicht auch ruhig mit Nein abstimmen oder einen ungültigen Zettel abgeben, anstatt unätig zu Hause zu bleiben?“

So fragt sich im stillen heute vielleicht manch kraftvolle Persönlichkeit, der es widerstrebt, in einem so bedeutsamen Entscheidungskampf wartend hinter der Front zu sitzen.

Jene Frage muss jedoch mit einem ganz entschiedenen „Nein“ beantwortet werden! Dies erhellt aus folgender, einfacher Erwägung: Alle, die davon durchdringen sind, dass der Buchstabe töte und nur der Geist lebendig macht (2. Kor. 3, 6) gehen mit Recht von der Voraussetzung aus, dass das heisende Gesetz der Weimarer Verfassung widerspricht und darum eine Verfassungsänderung bedeuten würde; auch das Reichsjustizministerium und die Reichsregierung sind derzeit dieser Auffassung. Aber es gibt unter uns allen zum Teil in reinem Formalismus erstarnten Juristen auch Buchstabengläubige, die sich ängstlich stets nur an den Wortlaut klammern. Mit ihrer Waffenhilfe wird gewisslich sofort nach dem Abstimmungstag ein Kampf entbrennen, in welchem die Feinde des Privateigentums den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes bestreiten werden. Wird dann die Regierung solchem Massendruck von links gewachsen sein? Und selbst, falls sie aus Überzeugungstreuen Männern besteht — können diese nicht auch über Nacht gestürzt werden?

Sobald jedoch die maßgebenden Stellen die Rechtsauffassung von der verfassungsändernden Natur des Gesetzes aufgegeben sollten, würde dieses keiner absoluten Mehrheit, also keiner 20 Millionen gültiger Ja-Stimmen mehr bedürfen (wie Artikel 76 der Verfassung sie fordert), sondern jede beliebige Zahl, die nur die Nein-Stimmen um 1 übersteige, würde in solchem Falle genügen.

Dieser Gesetz gilt es, schon am 20. Juni zu begegnen. Und hier bietet uns der Artikel 75 der Reichsverfassung die willkommene Handhabe zu einer Rückversicherung. Ihm zufolge kann die Ablehnung des begehrten Gesetzes, der Reichstag ja gemäß Art. 73 Abs. 3 bereits mit großer Mehrheit beschlossen hat, jetzt durch den Volksentscheid nur dann wieder umgestoßen werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberchtigten an der Abstimmung beteiligt.“ Das heißt: Falls 20 Millionen maßhaft und klug genug sind, der Urne wirklich fernzubleiben, so ist das ganze rechtsstaatliche Gesetz endgültig abgeschüttelt, und der Weg für eine vernünftigere, auch fittlich einwandfreiere Lösung dem Gesetzgeber wieder freigegeben. Sollten dagegen zu den vielleicht 14 Millionen Ja-Stimmen der Fürstenfeinde etwa noch 3 Millionen Nein-Stimmen der Eigentümigen und 4 Millionen ungültige Stimmen der Verantwortungsschönen hinzukommen, dann wäre die im Artikel 75 vorgeschriebene Beteiligungsziffer mit 21 von 40 Millionen erreicht und der Gesetzentwurf, sofern man ihn nicht als verfassungsändernd zu betrachten hätte, mit 14 gegen 3 Millionen Stimmen angenommen. Denn „beteiligt“ haben sich natürlich auch jene Kurzschliffen, die sich mit einem ungültigen Stimmzettel an der Abstimmung beteiligen; ihre Stimmen werden freilich bei der Ermittlung des tatsächlichen Ergebnisses nicht mitgezählt, wohl aber bei Beurteilung der formalen Voraussetzung, ob die absolute Mehrheit des stimmberchtigten Volkes „sich beteiligt hat“.

Das neue polnische Budget.

Warschau, 17. Juni. Nach der gestrigen Sitzung des Ministerrates wurde noch in später Abendstunde das Projekt des Staatsbudgets für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober d. J. dem Sejm zur Annahme übermittelt.

Auf Grund dieses Entwurfes wird die Regierung zu folgenden Ausgaben ermächtigt:

Staatspräsident	434 084	Bl.
Sejm und Seurat	2 022 661	"
Staatskontrolle	1 001 677	"
Präsidium des Ministerrates	402 593	"
Ministerium des Auswärtigen	10 223 649	"
Kriegsministerium	139 722 784	"
Innenministerium	47 517 826	"
Finanzministerium	88 770 500	"
Justizministerium	21 966 437	"
Handelsministerium	3 328 000	"
Eisenbahnen	748 400	"
Landwirtschaftsministerium	8 237 430	"
Kultusministerium	69 810 000	"
Öffentliche Arbeiten	21 022 613	"
Arbeitsministerium	29 944 984	"
Bodenreform	8 298 958	"
Polnische Telegraphen-Agentur	48 705	"
Militärfabriken	3 500 000	"
Radio und Telegraph	842 652	"

Insgesamt in drei Monaten 457 843 959 Bl.

Selbstverständlich gewinnen diese Ziffern erst Bedeutung, wenn wir sie mit anderen vergleichen. Hierbei sehen wir nun, dass die Ausgaben für das gesamte vergangene Jahr 1925 2 185 900 221 złoty, für den Zeitraum von drei Monaten somit den vierten Teil oder 541 575,055 złoty befragt haben. Dieser Zahl gegenüber bedeutet der Budgetvoranschlag der Bartel-Regierung eine Ausgabeverminde rung von nicht ganz 100 Millionen. Hierbei ist aber noch zu bemerken, dass in derselben Zeit der Dollar um rund 100 Prozent im Kurs gestiegen ist, da er im vergangenen Jahre noch 5,18 stand. Außerdem ist die Tenuenz um 20 Prozent gewachsen. Dies alles beweist, dass eine große Verminderung der Ausgaben vorgenommen und wirkliche Ersparnisse gemacht wurden. Am interessantesten ist das Budget des Kriegsministeriums, das nach dieser Richtung hin die sprudelnden Zahlen aufweist. Die hierfür vorgebrachten Ausgaben betragen 139 722 784 złoty, während es im vergangenen Jahre durchschnittlich 177 525 000 złoty waren. Auch hier also sind bedeutende Ersparnisse gemacht worden.

Dieses Budget wird in der nächsten Sitzung des Sejm, die am Dienstag stattfindet, zur Sprache gelangen. Finanzminister Klarner hat vor Beginn der Debatte ein ausführliches Exposé über die Finanzpläne der Regierung angekündigt.

Niemand weiß es.

Kein polnischer Schritt bei der Reichsregierung.

Berlin, 16. Juni. Die hiesige polnische Gesandtschaft teilt mit: Zeitungsnachrichten, wonach polnischseits diplomatische Schritte im Zusammenhang mit der Königsberger Tagung des Deutschen Ostbundes und aus Anlass der dort gehaltenen Ansprachen sowie wegen der angeblichen Herausgabe einer Karte durch die Oppelnener Reichsbahndirektion, auf der Polnischer-Oberschlesien als zu Deutschland gehörig verzeichnet war, sind falsch. Die polnische Gesandtschaft ist ermächtigt, festzustellen, dass von solchen diplomatischen Schritten absolut nichts bekannt ist, dass sie weder geplant noch angebahnt worden sind.

Bor dem Abschluss.

Berlin, 18. Juni. Der Vorsitzende der polnischen Handelsvertretung in Berlin hat seiner Regierung mitgeteilt, dass die Verhandlungen vor dem Abschluss ständen und wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche ein Vertrag zustande kommen werde.

Herabsetzung des polnischen Bankdiskonts.

Warschau, 18. Juni. (Eigene Drohmeldung.) In finanzkreisen geht das Gerücht um, dass die Regierung in nächster Zeit den offiziellen Bankdiskont von 12 auf acht Prozent herabsetzen werde.

Die Kabinettsskrise in Frankreich.

Nach Meldungen aus Paris soll es sich am heutigen Freitag entscheiden, ob Briand das neue Kabinett wird bilden können oder nicht. Der Plan, ein Kabinett der nationalen Einheit zu bilden, d. h. die Rechte und die Linke vor den Regierungswagen zu spannen, scheint bereits endgültig ausgetragen zu sein. In Partei politischen Kreisen nimmt man an, dass Briand, wenn die Linke unter Führung Herrorts endgültig eine Zusammenarbeit mit dem nationalen Block ablehnen sollte, versuchen werde, ein Kabinett mit starkem Rechtsministerrat zu bilden, wobei eventuell Raymond Poincaré das Finanzministerium übertragen würde. Sicher ist das indessen nicht, da Briand sich klar darüber ist, dass der Eintritt Poincarés in sein Kabinett zur Folge haben würde, dass er, der Ministerpräsident, in seinem politischen Prestige herabgesetzt würde, da Poincaré nicht nur Generalvollmacht für sein besonderes Rehort, sondern auch ein Kontrollrecht über die anderen Ministerien beanspruchen würde unter Hinweis darauf, dass die Finanzfrage heute das ganze politische Leben beherrsche, und die Sanierung der Finanzen nur möglich wäre unter Mitwirkung aller Faktoren. Ob Briand unter ein solches kaudinisches Joch gehen wird, erscheint bei dem politischen Erbgang des Mannes, der jetzt zum zehnten Male Ministerpräsident werden soll, doch recht fraglich. Da andererseits Poincaré, dem Deutschland u. a. auch den Einbruch in das Ruhrgebiet und den Ruin seiner Währung zu verdanken hat, alles daran setzen wird, um, wenn auch nur etappenweise, zur Macht zu gelangen, unterliegt keinem Zweifel.

Indessen welche Ministerkombination sich schließlich auch aus den gegenwärtigen Wirren herauskristallisiert, die Aussichten für die Heilung der Balala bleiben noch wie vor schwach, um selbst der Gewaltmeister Poincaré würde, wenn er aus Anderer käme, sie schwerlich meistern können, wenn die französische Volkspresse nicht eine radikale Umwandlung erfährt, was im Handumdrehen nicht zu erwarten ist. Es ist zweifellos richtig, wenn die Londoner „Daily News“ über die französische Finanzkrise schreibt:

„Die Lage wird von Tag zu Tag schlimmer. Es scheint nicht möglich zu sein, eine Kombination von Parteien zusammenzubringen mit dem nötigen moralischen Mut. Man sieht, was es mit dem berühmten Realismus der französischen Politik auf sich hat. Das Publikum in Frankreich sieht hilflos zu, weigert sich aber, sich auf den Operationsstisch legen zu lassen, wohin es gehört. Der Schatten einer großen Katastrophe hängt über einer großen Nation, welche die moralische Kraft fehlt, die Hilfsmittel anzuwenden, welche sie ihren Nachbarn jenseits des Rheins gegenüber anwandte.“

Über kurz oder lang wird sich Frankreich gezwungen sehen, Großbritannien und Amerika um Hilfe anzufliehen. Aber diese wird ihm nur gewährt, wenn es beiden Regierungen ermöglicht wird, durch eigene Vertreter die vollständige Kontrolle über die französische Finanzwirtschaft einzuführen. Das wird dann die bitterste Enttäuschung sein, welche Frankreich erlebt, seitdem deutsche Truppen sein Gebiet besetzen.

In Paris, 18. Juni. (Tel.) In hiesigen politischen Kreisen rechnet man damit, dass Briand nach dem Scheitern seiner Bemühungen um die Bildung eines Kabinetts der nationalen Einigung im Laufe des heutigen Tages keinen Auftrag zurückzugeben und dass dann Herrort mit der Löschung der Kabinettsskrise beauftragt wird.

Die Forderungen der ukrainischen Minderheit.

Warschau, 18. Juni. Als Antwort auf die von den drei Ukrainerparteien erlassene Deklaration, in der die territoriale Autonomie für die slawischen Minderheiten in Polen gefordert wird, veröffentlicht das Organ der ukrainischen Nationalisten „Dilo“ die Forderungen der ukrainischen Minderheit, von deren Erfüllung die loyale Haltung der Ukrainer Polen gegenüber abhängig gemacht wird. Die Forderungen umfassen folgende Punkte:

1. Amnestie für alle politischen Häftlinge, sowohl für die Verurteilten, wie auch für diejenigen, deren Prozeß noch nicht begonnen hat.

2. Ermöglichung der Rückkehr aller ukrainischen Emigranten, die sich hauptsächlich in der Tschechoslowakei aufhalten und Beseitigung aller polnischen chauvinistischen Elemente aus der Staatsadministration in Ostgalizien.

3. Sofortige Restitution der Selbstverwaltung in den Gemeinden.

4. Widerrufung aller Verordnungen des ehemaligen Unterrichtsministers Stanisław Grabki, die dahinzielen, das ukrainische Schulwesen zu liquidisieren.

5. Rückverstellung aller Beamten und Lehrer ukrainischer Nationalität, die in polnische Gegenenden verlegt wurden.

6. Rückgabe der orthodoxen Kirchen und ihres Eigentums, welches den Ukrainer abgenommen wurde.

7. Aufhebung des Verfischerungszwanges und Gewährung landwirtschaftlicher Kredite an ukrainische landwirtschaftliche Organisationen.

8. Sofortige Errichtung einer kompletten ukrainischen Universität mit dem Sitz in Lemberg.

9. Die Durchführung der Bodenreform in gerechter Weise.

10. Änderung der Wahlordnung, um der ukrainischen Bevölkerung eine ihrer Zahlentferne entsprechende Repräsentation im Sejm zu garantieren.

Die polnische Presse, die diese Forderungen kommentiert, bezeichnet sie als unannehmbar.

Die Forderungen der polnischen Minderheit in Litauen.

die auch der Deutsche in Polen für sich erheben kann.

Kowno, 16. Juni. Als es sich nach den Wahlen herausstellte, dass die Polkssozialisten als die größte Fraktion im neuen Sejm die Initiative zur Bildung der neuen Regierung ergreifen würden, wandte sich der Vertreter des Zentralkomitees dieser Partei u. a. auch an die polnische

Sejmfraktion mit der Anfrage, welchen Standpunkt die Polen der zukünftigen Regierung gegenüber einnehmen würden. Unverzüglich wurde eine Sitzung der polnischen Fraktion einberufen, und es wurden folgende Forderungen gestellt:

1. Kulturelle Autonomie für die polnische Minorität;
2. Rückwendung der ziffernähigen Angaben der Volkszählung im Schulweisen, in der Sprachenfrage, in der Kirche und in anderen Fällen;
3. die sofortige Aufhebung der bisher verfügten Ausweisungen, in erster Linie, soweit sie die Geistlichen Bronislaw Lansk und Polkary Maciejowski betreffen;
4. Aufhebung des Kriegszustandes;
5. keine Entlassung von Beamten aus dem Staatsdienste, wenn deren Kinder polnische Schulen besuchen;
6. Wiederherstellung des Standes des polnischen Schulmeisters aus dem Jahre 1924 und Gründung polnischer Schulen entsprechend der Zahl der Polen in der betreffenden Ortschaft;
7. Zulassung der freien Gründung von Privatschulen;
8. Bereitstellung entsprechender Beträge für die polnische Schule entsprechend der Zahl der polnischen Schulen befindenden Kinder nach der Erklärung der Eltern über ihre Nationalität;
9. sofortiges Einverständnis zur Gründung eines privaten polnischen Lehrerseminars;
10. Gleichstellung der polnischen Lehrern mit den litauischen Lehrern;
11. Zulassung von polnischen Lehrbüchern in polnischen Schulen, wenngleich sie irgendwo im Ausland gedruckt werden (in Litauen unterliegen diese Bücher der allgemeinen Zensur);
12. die Landwirtschaft dürfen nicht ruiniert; ihre Produktion muss vielmehr erhöht werden;
13. Durchführung der Agrarreform ohne Unterlaß der Nationalität und nur in solchem Umfang, in dem sie tatsächlich durchaus notwendig und ökonomisch möglich ist;
14. eine gerechte Verteilung von Land an Polen;
15. Prüfung der Verfahren über die zu Unrecht erfolgte Konfiszierung von Gütern auf der Grundlage des Agrar-Reformgesetzes. Eine willkürliche Konfiszierung von Gütern darf nicht ohne Gerichtsurteil erfolgen;
16. Erleichterung der Steuerlasten und größte Sparsamkeit im Budget;
17. Amnestie für politische Gefangene usw.

Außerdem behielten sich die Polen in allgemein religiösen Fragen freie Hand vor, in denen sie sich weder durch Forderungen, noch durch Pflichtungen binden wollen. Endlich forderten sie die Teilnahme der polnischen Abgeordneten in den Sejmkommissionen sowie einen Sitz für die Nationalen Minderheiten im Sejmpräsidium. Von dem Standpunkt ausgehend, dass der Kampf um das Recht lediglich dann zum Siege führen könnte, wenn eine gemeinsame Minderheitfront aufgestellt wird, luden die Vertreter der polnischen Minderheit die Vertreter sämtlicher Minderheiten zur Beratung ein. Es stellte sich heraus, dass die Hauptforderungen der polnischen Minderheit allen Minderheiten in Litauen gemeinsam am Herzen liegen.

Vor der Bildung der neuen Regierung konstituierte der Staatspräsident mit dem Präses der polnischen Fraktion, dem Abgeordneten Budzynski. Im Laufe der Unterredung gewann man den Eindruck, dass der Staatspräsident nichts gegen diese Bedingungen einzubringen hatte, von denen es abhängt, ob die polnische Fraktion die Regierung unterstützen will und die den Rahmen der Konstitution und die Verpflichtungen des litauischen Staates nicht überschreiten. Weiter sprach man über die allgemeine politische Situation und über die Art und Weise, wie die anormalen Verhältnisse im Lande beseitigt werden könnten. Die Unterredung dauerte eine Dreiviertel-Stunde. Bezeichnend für die Toleranz und den guten Willen des Staatspräsidenten, sämtliche Nationalitäten für eine verträgliche Zusammenarbeit im Staate zu einem, ist der Umstand, dass der Staatspräsident die Unterredung mit dem Vertreter der polnischen Fraktion in polnischer Sprache eingeleitet und geführt hat.

Sprengung einer deutschen Versammlung.

Kattowitz, 18. Juni. Die erste Versammlung der deutschen Minderheit in Königshütte, in welcher die Abgeordneten einen Tätigkeitsbericht erlässt wollten, ist von den Angehörigen des polnischen Westmarkenvereins gesprengt worden. Gleich zu Beginn der Versammlung wurden Pfeile wahrgenommen, worauf die Versammlungsteilnehmer mit Stockschlägen traktiert wurden. Da der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war, entstand eine große Panik und eine ganze Reihe von Personen wurde verletzt. Die Polizei hat versagt. Die deutschen Abgeordneten werden bei dem Präses der Gemischten Kommission, Galonder, und bei dem Wojewoden Wilski protest und Beschwerde einreichen.

Die Verhängung des Kriegszustandes in Russland.

Moskau, 16. Juni. Die bisher geltenden Regeln über die Verhängung des Ausnahm- bzw. Kriegszustandes sowie über andere Sondermaßnahmen „um Schutz der revolutionären Ordnung“ sind von der Sowjetregierung abändert worden, und es ist dabei eine nicht unerhebliche Erweiterung der Rechte der Regierungsexekutiven der dem Sowjetbunde angehörenden Teilstreitkräfte und autonomen Gebiete, ja sogar der Gouvernementsexekutivkomitees eingeführt worden. Den Ausnahmestand bzw. Kriegszustand dürfen nunmehr außer der Zentralregierung und dem Rat der Volkskommissare auch die Exekutivkomitees der Teilstaaten und der Gouvernementsexekutivkomitees eingehen, wenn:

1. durch irgendwelche außorevolutionäre Umstände der Verkehr mit der Zentralregierung in Moskau unterbunden wird;

2. wenn die Umstände die Verhängung des Ausnahmestandes ohne jeden Aufschub erfordern.

Die Instanz, welche den Ausnahmestand verhängt, ist verpflichtet, bei erster Möglichkeit die Zentralregierung von ihrem Vorgehen zu benachrichtigen, auch darf der Ausnahmestand nur auf drei Monate verhängt werden. Während seiner Dauer dürfen die Exekutivkomitees u. a. besondere Requisition

Von 5-2 Dworcowa 56

Rechts-Beistand
Dr. v. Behrens
(obronca pryw.)

Von 4-8 Promenada 3

Akavier- u. Violin-
Unterricht erteilt An-
fängern. 4411
Poznańska 31, 1. Dr.

Die glückliche Ge-
burt eines kleinen
Jungen zei-
gen hoherfreut
an. 4471

Steffen Ulrich
und Frau.

3. St. Nowroclaw
Kasa chorych.

Donnerstag, den 17. Juni, nachmittags 6 Uhr,
entstieß sanft nach kurzem Leiden meine innig geliebte
Frau, unsere liebe Mutter, Tochter, Schwester und
Schwagerin,

Frau

Martha Fellmuth

geb. Rafinsti

im Alter von 29 Jahren, 3 Monaten und 17 Tagen.

Um stillle Teilnahme bittet

Der tiefegebeugte Gatte

Emil Fellmuth u. Angehörige.

Przytka, den 17. Juni 1926.

Die Beerdigung findet am Sonntag, d. 20. d. Mts.,

nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus aus statt. 4476

Heute früh 7½ Uhr entstieß sanft
nach langem schweren Leiden unsere
liebe Schwester, Schwagerin u. Tante

Witwe

Emilie Lettau

geb. Krüger

im 65. Lebensjahr.

Dies zeigt im Namen der hinter-

bliebenen tief betrübt an

Gustav Krüger.

Bufowice, den 17. Juni 1926.

Die Beerdigung findet am Sonn-

tag, den 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr,

vom Trauerhaus aus statt. 7351

niem.-ewang. im. ks. Piramowicza,

(Deutsch-evang. Piramowicz-Schule) Bydgoszcz.

Die Aufnahme der Lernanfänger erfolgt

am 21. 22. u. 23. d. Mts. in der Schule

nachm. 4-5 Uhr. Vorzugen sind Geburts-

Tauf- und Impfschein.

Eckert. 7463

Heute früh 7½ Uhr entstieß sanft
nach langem schweren Leiden unsere
liebe Schwester, Schwagerin u. Tante

Witwe

Emilie Lettau

geb. Krüger

im 65. Lebensjahr.

Dies zeigt im Namen der hinter-

bliebenen tief betrübt an

Gustav Krüger.

Bufowice, den 17. Juni 1926.

Die Beerdigung findet am Sonn-

tag, den 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr,

vom Trauerhaus aus statt. 7351

niem.-ewang. im. ks. Piramowicza,

(Deutsch-evang. Piramowicz-Schule) Bydgoszcz.

Die Aufnahme der Lernanfänger erfolgt

am 21. 22. u. 23. d. Mts. in der Schule

nachm. 4-5 Uhr. Vorzugen sind Geburts-

Tauf- und Impfschein.

Eckert. 7463

Heute früh 7½ Uhr entstieß sanft
nach langem schweren Leiden unsere
liebe Schwester, Schwagerin u. Tante

Witwe

Emilie Lettau

geb. Krüger

im 65. Lebensjahr.

Dies zeigt im Namen der hinter-

bliebenen tief betrübt an

Gustav Krüger.

Bufowice, den 17. Juni 1926.

Die Beerdigung findet am Sonn-

tag, den 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr,

vom Trauerhaus aus statt. 7351

niem.-ewang. im. ks. Piramowicza,

(Deutsch-evang. Piramowicz-Schule) Bydgoszcz.

Die Aufnahme der Lernanfänger erfolgt

am 21. 22. u. 23. d. Mts. in der Schule

nachm. 4-5 Uhr. Vorzugen sind Geburts-

Tauf- und Impfschein.

Eckert. 7463

Heute früh 7½ Uhr entstieß sanft
nach langem schweren Leiden unsere
liebe Schwester, Schwagerin u. Tante

Witwe

Emilie Lettau

geb. Krüger

im 65. Lebensjahr.

Dies zeigt im Namen der hinter-

bliebenen tief betrübt an

Gustav Krüger.

Bufowice, den 17. Juni 1926.

Die Beerdigung findet am Sonn-

tag, den 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr,

vom Trauerhaus aus statt. 7351

niem.-ewang. im. ks. Piramowicza,

(Deutsch-evang. Piramowicz-Schule) Bydgoszcz.

Die Aufnahme der Lernanfänger erfolgt

am 21. 22. u. 23. d. Mts. in der Schule

nachm. 4-5 Uhr. Vorzugen sind Geburts-

Tauf- und Impfschein.

Eckert. 7463

Heute früh 7½ Uhr entstieß sanft
nach langem schweren Leiden unsere
liebe Schwester, Schwagerin u. Tante

Witwe

Emilie Lettau

geb. Krüger

im 65. Lebensjahr.

Dies zeigt im Namen der hinter-

bliebenen tief betrübt an

Gustav Krüger.

Bufowice, den 17. Juni 1926.

Die Beerdigung findet am Sonn-

tag, den 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr,

vom Trauerhaus aus statt. 7351

niem.-ewang. im. ks. Piramowicza,

(Deutsch-evang. Piramowicz-Schule) Bydgoszcz.

Die Aufnahme der Lernanfänger erfolgt

am 21. 22. u. 23. d. Mts. in der Schule

nachm. 4-5 Uhr. Vorzugen sind Geburts-

Tauf- und Impfschein.

Eckert. 7463

Heute früh 7½ Uhr entstieß sanft
nach langem schweren Leiden unsere
liebe Schwester, Schwagerin u. Tante

Witwe

Emilie Lettau

geb. Krüger

im 65. Lebensjahr.

Dies zeigt im Namen der hinter-

bliebenen tief betrübt an

Gustav Krüger.

Bufowice, den 17. Juni 1926.

Die Beerdigung findet am Sonn-

tag, den 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr,

vom Trauerhaus aus statt. 7351

niem.-ewang. im. ks. Piramowicza,

(Deutsch-evang. Piramowicz-Schule) Bydgoszcz.

Die Aufnahme der Lernanfänger erfolgt

am 21. 22. u. 23. d. Mts. in der Schule

nachm. 4-5 Uhr. Vorzugen sind Geburts-

Tauf- und Impfschein.

Eckert. 7463

Heute früh 7½ Uhr entstieß sanft
nach langem schweren Leiden unsere
liebe Schwester, Schwagerin u. Tante

Witwe

Emilie Lettau

geb. Krüger

im 65. Lebensjahr.

Dies zeigt im Namen der hinter-

bliebenen tief betrübt an

Gustav Krüger.

Bufowice, den 17. Juni 1926.

Die Beerdigung findet am Sonn-

tag, den 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr,

vom Trauerhaus aus statt. 7351

niem.-ewang. im. ks. Piramowicza,

(Deutsch-evang. Piramowicz-Schule) Bydgoszcz.

Die Aufnahme der Lernanfänger erfolgt

am 21. 22. u. 23. d. Mts. in der Schule

nachm. 4-5 Uhr. Vorzugen sind Geburts-

Tauf- und Impfschein.

Eckert. 7463

Heute früh 7½ Uhr entstieß sanft
nach langem schweren Leiden unsere
liebe Schwester, Schwagerin u. Tante

Witwe

Emilie Lettau

geb. Krüger

im 65. Lebensjahr.

Dies zeigt im Namen der hinter-

bliebenen tief betrübt an

Gustav Krüger.

Bufowice, den 17. Juni 1926.

Die Beerdigung findet am Sonn-

tag, den 20. d. Mts., nachm. 3 Uhr,

vom Trauerhaus aus statt. 7351

niem.-ewang. im. ks. Piramowicza,

(Deutsch-evang. Piramowicz-Schule) Bydgoszcz.

Die Aufnahme der Lernanfänger erfolgt

Bromberg, Sonnabend den 19. Juni 1926.

Pommereilen

18. Juni.

Graudenz (Grudziadz).

H. Von Fährbetrieb. Bei dem starken Lustzuge der letzten Tage wird der Fährbetrieb durch ein Segelboot hergestellt. Es mag ja zugegeben werden, daß der Fährbetrieb rentabel ist. Während man früher bei dem Dampferbetrieb für die einmalige Überfahrt nur fünf Pf. pro Person zahlte, muß man heute zwanzig Groschen geben. Bei Segelbetrieb geht die Überfahrt wohl eben so schnell als mit dem Motorboot. Ein anderes Ding ist es aber, ob die Betriebsicherheit dieselbe ist. Wie wir bemerken, wird das Segelboot mit sechs Personen beladen, vielleicht unter Umständen auch noch mehr. Dazu kommen zwei Fährleute, macht insgesamt zwölf Personen. Das wird entschieden für das Fahrzeug nicht zu viel sein bei Ruderbetrieb und bei Windstille. Besonders anders ist es bei Segelbetrieb. Bei manchen Windrichtungen muß das Segel so gestellt werden, daß der Wind von der Seite hineinbläst. Es braucht nur ein zu starker Windstoß hineinzufliegen und die Rücksicht wird ins Wasser gedrückt. Vorsichtige Segler machen die Segelleine auch nicht fest, sondern halten sie in der Hand, um sie bei einem plötzlichen Windstoß nachzulassen und das Fahrzeug vor dem Kentern zu bewahren. Bei dem Fährboot wird die Segelleine fest gemacht und der Fährmann bedient nur das Ruder. Ein plötzliches Nachlassen der Ruderleine ist dadurch ausgeschlossen, und sollte einmal das Boot kentern, so rettet sich niemand von den Rückschwimmern aus dem Wasser. Man sieht auf dem Fährboot keine Einrichtungen zu Rettungszwecken. Auf dem Motorboot befindet sich noch wenigstens ein Rettungsgürtel; hier ist nichts vorhanden. Man wird behaupten, daß die Fährleute erfahrene Fachmänner seien, bei deren Tätigkeit derartige Unfälle ausgeschlossen wären. Die Erfahrung hat gelehrt, daß gerade viele Segelfälle der erfahrenen Segler vorkommen, weil diese im Laufe der Zeit eine große Dreistigkeit zeigen und eines schönen Tages ist dann das Unglück da. Wer die Gefahren des Segelns kennt, wird sich daher wohl hüten, unter denartigen Verhältnissen ein Segelboot zu holen. *

* Die Holzbrücken über die Trinke im Zuge der Poniatowskistraße sind, die sie infolge Faulens von Balken und Brettern baufällig geworden, vom Magistrat für den Verkehr gesperrt worden. Ob beabsichtigt wird, an Stelle der morschen Holzbrücken neue herzustellen, darüber verlautet nichts. Hoffentlich gibt die Stadtverwaltung ihre Abschauung in dieser Hinsicht bald fund, damit die Bewohner erfahren, wie lange die lästige Verkehrsstörung andauern soll. — Der Kreisamtsschiff hat ebenfalls eine vermittelte Trinkebrücke (zwischen M. Toruń und der Grambergschen Ziegelseite) abbrechen lassen, aber gleichzeitig mit dem Bau einer neuen Brücke begonnen. *

* Die Reinigung des Trinkkanals hat bereits begonnen. In den Tagen vom 12. bis 16. d. M. ist das Wasser gänzlich abgelassen worden, und das ganze Kanalbett wird jetzt vom Unkraut befreit. Später wird eine Vertiefung des Bodens durch Beiseitung des Schlammes erfolgen, um das ursprünglich festgelegte Niveau zu erreichen. *

Thorn (Toruń).

—dt. Von der Weichsel. Ein Blick auf das jetzige Weichseltor ruft in manchem alten Thorner Erinnerungen an alte vergangenen Zeiten wach, in welchen die Schiffahrt auf der Weichsel blühte und Schiffestromauf und stromab in größerer Zahl verkehrten. Längere Zeit sah man kein Schiff mehr auf dem Strom und der Handel und Wandel auf dem Wasserweg schien ganz eingestunken. Vor einiger Zeit machte sich ein Aufleben der Schiffahrt bemerkbar, und heute ist das Ende wieder voll von Fahrzeugen jeglicher Art und kaum den Ansprüchen gewachsen. Zahlreiche gewaltige Frachtkähne werden mit Steinfässeln beladen, welche über Danzig nach England geht. Auch Faschinen, Gerste und anderes Getreide wird nach Danzig verladen. Aber auch die Ausflugsdampfer kommen auf ihre Rechnung. Gestern passierte Stromauf der Ausflugsdampfer "Masur" und der Marinedampfer "Neptun", letzterer hatte einen Juvaliden im Schlepptau. Abends legten der Passagierdampfer "Delphin" und der Schlepper "Adam Gaertornski", von unterhalb kommend, an. Zahlreiche Trossen wurden durch Schlepper noch stromab gezogen. **

* Aus schwerer Lebensgefahr gerettet. Am vergangenen Donnerstag ging der in Rudak wohnende zwölfjährige Gymnasiast S. Nowakowski mit zwei Freunden an die Weichsel, um zu baden. Dabei geriet er in eine tiefe Stelle und verschwand im Wasser vor den Augen seiner Freunde. Letztere erhoben ein Hilfegeschrei, worauf ein in der Jakobsvorstadt beschäftigter Fischer Bronisław Medzielski sich mit seinem Fischkahn sofort aufs gegenseitige Ufer beugte, wo es ihm gelang, den bereits leblosen Knaben herauszuholen. Sofort stellte er Wiederbelebungsversuche an, und es gelang, den Knaben wieder ins Leben zurückzurufen. **

An unsere Thorner Leser.

Um keine unliebsame Unterbrechung im Bezug der Deutschen Rundschau einzutreten zu lassen und um dieselbe stets noch am Erstcheinungstage zu erhalten, bitten wir Sie, Ihr Abonnement für den Monat Juli sofort bei einer der untenstehenden Ausgabestellen zu erneuern.

Hauptvertriebsstelle und Anzeigenannahme: Annonen - Expedition Justus Wallis, Szerola 34 (Breitestraße).

Ausgabestellen:

Altstadt: Kaufmann E. Szyminski, Heilige Geiststraße.
Friseurgechäft Thober, Altstädtischer Markt 32.

Neustadt: Kaufmann Siedlitz, Neust. Markt, Ecke Luthmacherstraße.

Bromberger Vorstadt: Milchhalle Bork, Bromberger-Str. 60.
Kaufmann Ernst Wiesner, Mellienstraße 111.

Culmer Vorstadt: Friseurgechäft Maishof, Chelmiańska 44.

Moder: Bäderamt Haberland, Graudenzerstr. 170.
Kaufmann J. Kuttner Nachf., Graudenzerstr. 95.
Bädermeister Gehrs, Lindenstraße 64.
Bädermeister Lucht, Konduktstraße 29.

—dt. Die Spiritusbiebstahl vor Gericht. Am 11. d. M. begann vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts die Verhandlung wegen des systematischen Spiritusbiebstahls in der Spiritusfabrik "Winkelhausen", Moker. Angeklagt waren 14 Personen, darunter drei Frauen. Unter den Angeklagten befanden sich die Fabrikarbeiter, deren Verwandten und Bekannten und mehrere Restauratoren. Der ehemalige Fabrikdirektor erklärte, daß in den Jahren 1924/25 das ständige Fehlen größerer Spiritusmengen bemerkt wurde, niemals aber der Dieb ermittelt wäre. Bei der Übergabe der Fabrik an das staatliche Monopol mußten 160 000 zl für fehlende Spiritus bezahlt werden. Nachdem eine Reihe Protokolle verlesen waren, wurde die Verhandlung auf den 14. Juni vertagt. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung stellte der Verteidiger Dr. Skapski den Antrag, nach einer ganzen Reihe Zeugen zu vernehmen, da eine solch große Menge Spiritus unmöglich gestohlen sei, vielmehr die Konstruktion der Gesamtvorrichtung veraltet sein müsse, wodurch dieser Spiritusbiebstahl entstanden. Nach Berlesung mehrerer Protokolle und längerer Beratung fällte der Gerichtshof folgendes Urteil: T. Dabrowski 5 Monate Gefängnis, Kazimir und Bożek Redmerski je 6 Wochen Gefängnis, Antoni Gurtowski 2 Monate Gefängnis. Paul Lewo 8 Wochen Gefängnis, die übrigen wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt stellte den Antrag auf Strafen für alle von 4 Monaten bis 1 Jahr Gefängnis. **

* Der Polizeibericht verzeichnet die Verhaftung von zwei Personen wegen Diebstahls, drei wegen Blutschande, eine wegen Herumtreibens. — Gestohlen wurde wiederum einem Lenwinkl ein fast neues Fahrrad. **

c. Aus dem Kreise Culm, 17. Juni. Die wirtschaftliche Lage will sich nicht bessern, sondern wird im Gegenteil noch immer schlechter. Die Steuerpläne hören nicht auf. Neulich sollte bei einem Niederungsbeispiel ein Pfandobjekt versteigert werden. Der Beamte traf zur festgesetzten Stunde zwar ein, aber Käufer waren nicht erschienen. Wahrscheinlich hatten andere Leute auch kein Geld, um die günstige Gelegenheit zu nutzen und billig ein Stück Bier zu erwerben.

* Dixhau (Dziechow), 17. Juni. Mit der Richtkrone gekrönt worden ist eingangs dieser Woche das seitens der Stadt in Bau gegebene Acht-Millionenhaus an der Schefflerstraße gegenüber dem Stadtpark. Der Bau ist also in den letzten Wochen rüstig vorwärtsgetrieben, und es ist demnach zu hoffen, daß er vertragsgemäß bis zum August schließfertig der Stadt übergeben werden kann.

h. Goßlershausen (Zabłudowo), 16. Juni. Am Dienstag, 22. d. M. findet hier ein Vieh- und Pferdemarkt statt. Am gleichen Tage wird auch ein solcher Markt in Riechniew abgehalten.

* Konitz (Chojnice), 17. Juni. Vor kurzem hat das deutsche Konsortium "Poels und Meude" eine Großschlachteterei für den Auslandsexport eröffnet. Hierdurch haben viele Erwerbslose Beschäftigung gefunden. Die Errichtung der Großschlachteterei wird vor allem von den Viehhändlern begrüßt, die ihre Ware nicht mehr nach dem Schlachthof in Danzig zu bringen brauchen, sondern den Viehexport gleich von Konitz aus nach dem Bestimmungsort leiten können.

* Konitz (Chojnice), 17. Juni. Das Urteil im Koniger Prozeß. Am zweiten Verhandlungstage begann die weitere Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen sowie die Kontrolle der Bücher durch Sachverständige, wodurch die Beweisaufnahme ihren Abschluß fand. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß der illegale An- und Verkauf von ausländischen Valuten sich aus dem Umstand ergab, daß die Viehhändler ihren Guldenlöffel für nach Danzig exportiertes Bier z. T. der Bereiter Kreisbank zur Verfügung stellten und dafür von ihr im Bereit den entsprechenden Betrag in Zloty erhielten. — Der Prokurator fasste in etwa einstündigen Ausführungen das Ergebnis der Verhandlungen zusammen und beantragte für die Angeklagten Gefängnisstrafen von 1—2 Jahren und Geldstrafen von 3000—3000 Zl. Die Verteidiger der Angeklagten, die Rechtsanwälte Behnke, Konitz, und Batkiewski, Bereit, plädierten auf Freisprechung. Nach 1½-stündiger Beratung fällte das Gericht das Urteil: Bankdirektor Warczak wird zu neun Monaten Gefängnis und 1200 Zloty Geldstrafe unter Anrechnung der Untersuchungshaft ab 18. Februar 1926 verurteilt. Vier Angeklagte erhielten Strafen, und zwar: Musznitski 150, Kankomski 1000, B. Gierszewski 200, Czapiewski 200 Zloty. Die Angeklagten Starost Kowalski, Franz Gierszewski und Walczak wurden freigesprochen. Darauf stellte Rechtsanwalt Behnke den Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten Warczak. Nach kurzer Beratung gab das Gericht dem Antrage statt, den Angeklagten gegen Hinterlegung einer Kavution von 2000 Zloty auf freien Fuß zu setzen.

* Soldau (Działdowo), 17. Juni. Wie wir aus unserem Leserkreise erfahren, wurde durch den Starosten die letzte Sonntagsausgabe unserer Blätter auf dem hiesigen Postamt beschlagnahmt. Der Grund, der zu dieser Beschlagnahme geführt hat, ist uns völlig unerfindlich. Wir sind wesentlich zäher als die polnische Presse und hoffen, daß derartige unliebsame Eingriffe nicht mehr erfolgen werden.

* Starogard (Starogard), 17. Juni. Ertrunken ist am vergangenen Sonntag in einem Tiefbrüche der vierzehnjährige Sohn des Fleischmeisters Piątkowski in Groß Butowiz. Der Verunglückte ging mit mehreren Kameraden in den außerhalb des Dorfes gelegenen Tiefbrüchen baden und als erster ins Wasser. Wahrscheinlich hat er infolge des kalten Wassers Krämpfe bekommen und ging unter, noch bevor Hilfe von seinen Spielkameraden aus dem Dorfe herbeigeholt werden konnte. Die Leiche ist geborgen.

h. Strasburg (Brodnica), 16. Juni. In letzter Zeit sind auch hier die Getreidepreise zurückgegangen. Auf dem letzten Wochenmarkt zahlte man folgende Preise: Weizen 25—26, Roggen 14,50—15, Gerste 14, und Hafer 14,50 zl pro 50 Kilogramm.

* Tuchel (Tuchola), 17. Juni. Eine Stadtverordnetenversammlung fand in der Aula der Stadtschule statt. Als Delegierter zum Städtetag nach Warschau wurde Bürgermeister Saganowski gewählt, 150 zl Reise- und Aufwandskosten bewilligt. Ausgeschrieben war der Bau eines städtischen Badehauses im Glembock-See nach dem Plan der Firma Szatkowski-Tuchel. Offerten lagen von folgenden Unternehmen vor: Rint-Tuchel 5100 zl, Schmelzer-Tuchel 4900 zl, Gebr. Ratajowski-Tuchel 4700 zl, Lewandowski-Tuchel 3600 zl. Die Versammlung erteilte Lewandowski den Zuschlag. Schließlich gab der Bürgermeister eine Verfügung des Wojewoden bekannt, nach welcher die Hotelsteuer — Zimmersteuer 30 Prozent, eine gute Einnahmequelle — aufgehoben werden soll.

Freie Stadt Danzig.

* Danzig, 16. Juni. Über ein rätselhaftes Verschwinden dreier Danziger Segler berichten die "Danziger R. R.". Am Sonntag früh unternahmen die etwa

18 bis 24 Jahre alten Danziger Arthur Nickel, Nonnenhof 13, Friedrich Borrmann, Kolkowgasse 8, und Tadeusz Polorowksi, Stiftswinkel 5, mit einem dem R. gehörigen Segelboot "Mädi" eine Ausfahrt nach dem Schleusenhörter Weichselstrand und sind seitdem nicht zurückgekehrt. Alle drei waren mit Danziger Pässen versehen. Man muß leider annehmen, daß die drei Segler verunglückt sind. Das Boot ist zuletzt an der Plehnendorfer Schleuse gesehen worden, von dort fehlt jede Spur. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Landwirtschaftsbericht aus Südpommereilen.

Seit dem letzten eingehenden Landwirtschaftsbericht im Monat April sind in der weiteren Entwicklung der Winterfrüchte neue, wesentliche Veränderungen eingetreten. Die Ursachen haben wir den vielen, teils kleinen, teils großen, in kurzen Zwischenräumen eingetreteten Regenfällen zugeschrieben. Fast immer sind auf leichtem Sandboden, sowie auf sandigem Mittelboden, also Acker sechster bis achter Klasse, öftere Regenfälle für das Gediehen der Saaten recht vorteilhaft ausgefallen. Es sind sehr oft Halm bis 2 Meter Länge, bisweilen noch darüber, emporgewachsen und haben volle Ähren mit über 30 Körnern pro Halm hervorgebracht. Hier sind also — besonders bei frühzeitiger Herbstbestellung — gute Ernteerträge zu erwarten. Ganz anders und weniger gut gestalten sich die Aussichten bei den Roggenfeldern auf schwerem, kultiviertem Acker. Nicht allein werden Saaten auf kleinen Bodensorten durch stechendes Wasser geschädigt, teils sogar vernichtet, sondern bedeckende Striche sind frühzeitig — vor der Blüte — vom Sturm und Regen niedergeschlagen, so daß die ordentliche Entwicklung und Reife der Ähren ganz erheblich leidet wird.

Der Weizen, welcher meistens auf kräftigem Boden angebaut wird, hat — abgesehen vom leicht empfindlichen Auslandsweizen — einen besseren, man möchte sagen, einen guten Stand. Da die volle Ahrenbildung sich erst im Anfangsstadium befindet, der Weizen auch leicht dem Blatt- und Stengelrost ausgesetzt ist, kann eine Ertragsabschätzung noch nicht erfolgen. Immerhin ist ein günstiges Resultat in der Ernte zu erwarten in der Annahme, daß die Regenperiode nicht sehr hindernd und schädigend dazwischen tritt.

Über den Stand der Sommerernte — Gerste, Getreide, Hafer usw. — ist wenig Günstiges zu berichten. Die übermäßig große Feuchtigkeit bei den Bestellungsarbeiten im April bis in den Monat Mai hinein, erzeugt fast immer schädigende Nachwirkungen: Der voröse Acker wird festgetreten, das Korn kann sich im Boden nicht genügend entwickeln, so daß die jungen hervorprichtenden Pflänzchen ein kümmerliches gelbes Aussehen erhalten. Auch der viele Regen mit kühltem Wetter hat dem besseren Wachstum Schaden verursacht. Demnach kann — allerdings mit einigen Ausnahmen auf günstig gelegenem Boden und leichtem gemischtem Acker — der zu erwartende Ertrag nur ein mittelmäßiger sein. Die Kartoffeln (Kartoffeln und Rüben) kamen in den meisten Fällen nur recht spät — ausgangs April und weit in den Mai hinein — zur Bestellung. Verfasser fand bei einer Reise nach Culm am 4. Juni noch mehrere Kartoffelfelder, bei denen die Kartoffeln noch fast aus der Erde gekommen waren. In einigen Fällen stand sogar Wasser. Man kann wohl annehmen, daß die Kartoffelernte auf schwerem Boden kaum mittelmäßig sein wird.

Da die Rüben eine lange Vegetationsdauer haben, ist über die zu erwartenden Erträge noch nichts anzugeben. Für die Erzeugung von Klee und Gras ist bis jetzt das Wetter äußerst günstig gewesen. Hälften von ca. 50 Zentimeter Länge sind keine Seltenheit. Selbst an den Eisenbahnen, Chausseen, Straßenrändern und Ditchböschungen sind Gräser in sel tener Masse vorhanden. Allerdings wird mit großer Sehnsucht dauerndes Trockenwetter erwartet; denn die Mähzeit ist eingetreten, andernfalls gehen die Produkte (Gräser und Klee) in ihren unteren Teilen in Fäulnis über.

Die Aussichten auf eine gute Obsternate werden immer geringer: Äpfel werden wenig zu ernten sein, da die vorjährigen Erträge ziemlich gut ausfielen; Birnen werden nur in einzelnen Fällen gut geraten; auf Kirschen und Pfirsichen kann auch wenig Hoffnung gemacht werden. Man sagt, daß die Pfirsichen in einigen Gärten von einer Krankheit befallen sind; es ist die Schotubildung. Die jungen, kaum angelegten Pfirsichen werden von einem Insekt — der Schlupfwespe — angebohrt, so daß die Frucht das Wachstum versiert und statt der Pfirsche eine lange hellgrüne Schote entsteht, die wertlos ist. Nach vorstehenden Aussführungen wird man wohl zu der Annahme kommen müssen, daß im Durchschnitt in Südpommereilen höchstens auf eine Mittelernte zu rechnen ist. L.

Thorn.

Auskunfts- u. Kellner Detektibüro

"Ismada"
Toruń, Sukiennica 2, II
erledigt sämtliche Angelegenheiten, auch militärische, gewissenhaft.

Hermann, Toruń, Wielka Garbarska 20, III.

Telefon 616. 234

Zeitung u. Zeitschriften

Deutsche Rundschau — Danziger Zeitung
Berliner Tageblatt — Böhmische Zeitung — Volks-Anzeiger — Der Tag

B. Z. am Mittag — Polnisches

Zeitung — Berliner Illustrierte Zeitung — Münchner Illustrierte Presse — Scherl's Magazin

Uhu — Koralle

Die praktische Berliner — Die Dame

Nachricht — Danziger Neueste

Rundschau — Berliner Morgenpost — Berliner Nachtausgabe (Illustr.)

Wiener Neue Jr. Pr. und viele andere

besieht man unweit durch die Zeitungen

und unweit durch die Zeitungen

General-Kirchenvisitation im Kirchenkreise Thorn.

Der Montag, 14. Juni, führte die Visitationskommission bei strömendem Regen in das Kirchspiel Grambschen (Grobocin). Weihin schaut die schmiede neue Kirche ins Land, während das alte Kirchengebäude, dessen Grund um das Jahr 1300 gelegt ist, heute als Konfirmandensaal und Leichenhalle dienend. Trotz des Regens, der die Begrüßungsvorbereitungen so bitter enttäuschte, hatte sich die Gemeinde zahlreich im Gotteshaus versammelt. Der Ortsfarrer Beckherrn hielt die Predigt, Lic. Schneider war die Visitationsansprache, Pfarrer Pirwitz die Befreiung mit der konfirmierten Jugend und Gen.-Sup. D. Blau die Unterredung mit den Hauseltern.

Am Nachmittag wurden die Außenorte Leibitsch (Lubisz) und Rogau (Rogow) besucht. In beiden Dörfern befinden sich alte Kirchen. In Leibitsch haben die Katholiken versucht, die evangelische Kirche in ihren Besitz zu bringen, es ist aber gelungen, ihre Ansprüche zurückzuweisen. Den Visitationsgottesdienst hielt Sup. Neisel. In der alten Rogauer Kirche aus der Zeit um 1300, die schön geschmückt und voll besucht war, hielt Pfarrer Just den Visitationsgottesdienst. Leider hat die Abwanderung die Seelenzahl des Kirchspiels Grambschen erschreckend verkleinert, von 2400 auf 600.

Auch in der Gemeinde Gurske (Pf. Amrichshof) spürte der auch nur ein wenig Unterrichtete den Sturm der Geschichte, die bis in die Ordenszeiten zurückreicht. Die 1660 erbaute Kirche ist nicht nur sorgfältig gepflegt und erneuert, sondern von Anfang an reich mit wertvollem Bildschmuck ausgestattet. Inhaltreiche alte Aufzeichnungen sind gut erhalten und zeigen die Wichtigkeit treu geführter Gemeinde-Chroniken. Die Gemeinde ist verhältnismäßig nicht so zusammengezähmt wie andere. Sie zählt immer noch 1400 Seelen (statt 2500), doch besitzt sie keine deutsche evangelische Schule am Kirchort, dafür in Schwarzbach, 86 Schulkinder, in Neubruch, wo 61 Schulkinder gesammelt sind und die Lehrer treue Dienste leisten. Der Kirchenälteste Wichert, bis 1900 Mitglied der Gemeindevertretung, seitdem des Ges-

meindekircherrats, wurde im Gottesdienst feierlich begrüßt; einige Alte und Kranke, darunter eine 93jährige, wurden besucht. Der Predigt des Ortsfarrers lag das Jacobus-thema von Glauben und Werken zugrunde, die Visitationsansprache hielt Pfarrer Spring, mit der konfirmierten Jugend sprach Pfarrer Just, mit den Eltern Gen.-Sup. D. Blau. Die Predigt in Neubruch hielt Pfarrer Paul; die Schulkinder dort und in Schwarzbach wurden visitiert.

nach Österreich (22 000 To. weniger als im April), 141 000 To. nach Schweden (89 000 To. weniger als im April), 97 000 To. nach Italien gegen nur 51 000 To. im Vorjahr, 77 000 To. nach Dänemark, 38 000 To. nach der Tschechoslowakei, 27 000 To. nach Ungarn, 26 000 To. nach Danzig, 18 000 To. nach Frankreich, 17 000 To. nach Lettland, 16 000 nach Finnland, 14 000 nach Norwegen, das vorher fast gar nicht polnische Kohlen bezog, 11 000 To. nach der Schweiz usw. Seewärts erfolgte die Ausfuhr außer über Danzig und Görlitz auch über Stettin, wo 25 000 To. polnische Kohlen umgeschlagen wurden.

Der Export Loder Textilwaren hat, wie vorauszusehen war, im April wieder ganz gewaltig abgenommen. Er betrug einschl. der Ausfuhr nach Danzig nur 1 780 453 M. Im einzelnen wurden (ohne Danzig) exportiert 2020 kg. weiße Baumwollwaren im Wert von 26 612 M., 100 256 kg. farbige Baumwollwaren im Wert von 1 128 045 M., 11 890 kg. halbmollene Waren im Wert von 135 075 M., 32 224 kg. Wollwaren im Wert von 286 978 M., insgesamt 146 390 kg. im Wert von 1 576 710 M. Der größte Teil der Ausfuhr richtete sich nach Rumänien (748 584 M.). Nach China gingen für 289 384 M. Waren, nach Litauen für 205 158 M. und nach Danzig für 203 685 M. Im Mai ist die Ausfuhr offenbar noch weiter zurückgegangen (abschließende Zahlen liegen augenblicklich noch nicht vor), da die Erhöhung der rumänischen Zollsätze den Import nach diesem Lande naturgemäß sehr eingeschränkt hat und weil auch im allgemeinen die Saison schon im Abschluß war. Russland fungiert zwar immer noch unter den großen Exporthoffnungen der Loder Textilindustrie, doch ist kaum anzunehmen, daß in nächster Zeit größere Geschäfte aufzufinden kommen. Der Polnische Staatsreis hat die in den letzten Monaten ohnehin nur noch schwach pulsierenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Russland noch mehr zum Stillstand gebracht. Wenn die vom Görlitz in Erwägung gezogenen ausländischen Einfäufe von Manufakturwaren wirklich realisiert werden sollten, wird höchstens ein geringer Teil auf Loder entfallen. Die bedächtigen russischen Aufträge in Garn im Gesamtwert von 1 Million Dollar werden, wie schon jetzt als feststehend angesehen werden kann, zum allergrößten Teil nach England vergeben werden, da sich der Preis der Loder Garne bedeutend höher stellt. Eine Entwicklung hat auch der türkische Markt der polnischen Textilindustrie bereitet, die gegen die Konkurrenz der italienischen, tschechischen wie auch amerikanischen Industrie nicht aufkommen kann. Wie wir hören, haben die in Konstantinopel und Smyrna errichteten polnischen Konsignationsläger, die sehr große Verluste verursacht haben, jetzt nach anderthalbjährigem Bestehen wieder aufgelöst werden müssen. Die neuesten Projekte des Loder Exporthandels ziehen nach Persepolis, wo man aber wahrscheinlich noch weniger konkurrenzfähig sein wird.

Wir machen unsere geschätzten Leser und ganz besonders unsere

Abonnenten auf dem Lande

höfil. darauf aufmerksam, daß die Postanstalten in ganz Polen außer den

vierteljährlichen Abonnements

auch

monatliche Abonnements

auf die "Deutsche Rundschau" entgegennehmen.

Postbezugspreis pro 3. Quartal 1926 16,08 zl

Juli 1926 5,36 .

Wirtschaftliche Rundschau.

Die polnische Kohlenausfuhr im Mai. Der Mai zeigt überwiegende Weise eine weitere Zunahme der polnischen Kohlenausfuhr, was sich wohl vor allem auf den englischen Streit zurückführen läßt. Gestiegen ist namentlich die Ausfuhr nach skandinavischen Ländern, mit Ausnahme von Schweden. Die gesamte Ausfuhr des Mai betrug 691 000 Tonnen gegen 672 000 Tonnen im April und einem Monatsdurchschnitt von 776 000 Tonnen im ersten Halbjahr 1925. Von der Matausfuhr gingen 157 000 To.

Preis- kegeln?

Bessere Hausschneiderin empfiehlt sich für Stadt und außerhalb.
M. Majewska, Bydgoszcz, ul. Gdańska Nr. 90, 1. Etg. Lintz. 4321

Sprzedaj przymusowa.

W poniedziałek, dnia 21 bm., o godzinie 10 przed południem, będę sprzedawał w Fordonie (Dampfmühle Zittau) am den Meldbietenden gegen Barzahlung 15 Tonnen überlaiacemu i za gotówkę:

15 ton węgla górnospiskiego

w całości.

Kozłowski, komornik sądowy w Bydgoszczy.

Zwangsvorsteigerung. Am Montag, den 21. 5. Mts., vormittags 10 Uhr, werde ich in Fordon (Dampfmühle Zittau) an den Meldbietenden gegen Barzahlung 15 Tonnen überlaiacemu i za gotówkę:

Sprzedaj przymusowa.

W poniedziałek, dnia 21. 6. 26 godz. 11 przed poł. będę sprzedawał w Bydgoszczy, przy ul. Gdańskiej 157 w podwórzu w fabryce obuwia najwiecej latajemu i za gotówkę:

1 muszynę szewska do szycia

marka "Singer".

Preuschoff, komornik sądowy w Bydgoszczy.

Zwangsvorsteigerung. Montag, den 21. Juni, vorm. 11 Uhr, werde ich in Bydgoszcz, ul. Gdańską 157, auf dem Hofe der Schuhfabrik an den Meldbietenden gegen Barzahlung 1 Schuhmacher-Nähmaschine (Marke Singer) verkaufen.

Am Mittwoch, den 23. Juni 1926, vormittags 10 Uhr wird bei dem Rechner Jahnke ein noch gut erhaltenes Geldspind

öffentlicht meistbietend gegen Barzahlung verkaufen.

Geldspind öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen.

Spar- u. Darlehenskassen-Verein Ostrowite, pow. Wąbrzeźno. Jahnke, Liquidator.

Erstkl. Polstermöbel anerk. beste Ausführ., eigene Fabrikation sowie komplett

Zimmereinrichtungen und einzelne Möbel liefert prompt und billig

Otto Ostrowski Bydgoszcz — Dworecka 90 u. 91

Przybylski's Pralinees

waren und sind die besten. Fabryka Cukrów, Gdańsk 164. Täglich frisch.

6729 Täglich frisch.

**Preis-
kegeln?** fertigt preiswert an

Drucksachen A. Dittmann, G. m. b. H. Bromberg. Sonntag, den 20. Juni. Tel. 45. Fernruf 48.

heute, Freitag öffnet der Berliner Kinos,

Kino Kristal wieder seine Türen und bringt als erstes Bild den größten Schlager

„Die Verrufenen“

(Der fünfte Stand)
Drama aus dem Leben in 10 gewaltigen Akten nach Erlebnissen von H. Zille.
In den Hauptrollen:
Bernhard Goetzke, Frieda Richard, Mady Christians, Artur Bergen, Axel Egide Nissen, Paul Bildt, Eduard Rothauser, Georg John.

Wegen Steuernachlaß herabgesetzte Preise.
Bei-Programm: Pathé-Wochenberichte aus aller Welt.
Beginn 6.45 — 8.4 Uhr.



BINDFADEN
Sattler-, (Riemer-), Schuhmachergarn
Schnur für Tapezierer
Strohsäcke --- Säcke --- Sacklein
En gros zu konkurrenzlosen Preisen En detail
SKŁADNICA WŁOKIENNICZA
BYDGOSZCZ, ul. Kościelna 10, Tel. 1682.

Schmiegelscheiben, Hochbrandcorundschleifsscheiben
der Capillarwerke
Vertreter: 7307
Neumann & Knitter, Bydgoszcz.

DANZIG
Hotel, Norddeutscher Hof
gegenüber dem Hauptbahnhof Tel. 212, 1760 und 1822
Inhaber: PAUL KLEPS
Haus I. Ranges
Einziges und größtes deutsches Haus am Hauptbahnhof.

Lloyd Bydgoski
dawn, Bromberger Schleppschiffahrt
Tow. Akc. 7447
Von Sonntag, den 20. Juni ab
bis auf weiteres fährt Motorboot „Goplanka“ jeden Sonn- und Feiertag in Fordon von der Restauration Asbar bis Fordoner Brücke u. zurück
ab Asbar:
13, 14, 15, 16, 17, 18, 19 und 20 Uhr nachmittags
ab Fordoner Brücke:
13²⁰, 14²⁰, 15²⁰, 16²⁰, 17²⁰, 18²⁰, 19²⁰, u. 20²⁰ Uhr nachm.

Fahrtzeit hin und zurück:
Für Erwachsene 1.00 zl. Für Kinder 0.50 zl.

Für den Garten!
Erfolgr. Unterricht i. Franz., Engl., Deutsch (Gram., Konv., Handelskredit), erfeil., fra., engl. u. deutsche Ueberlegungen fertigen an
T. u. A. Turbach, (Igl. Aufenth. i. Engl. u. Fratr.), Gieszkowsk., Wolfskehl., 11, I., I. 4849
Perf. Schneiderin empf. 6721 zu den billigsten Preisen

Ausfliege-Maträzen (gepolstert) 7363
Garten-Liegestühle in jeder Menge lieferbar
K. Walkowski, Poznań, ul. Strzelacka 32.

Kirchenzettel.

Bedeutet anschließende Abendmahlfeier.
Fr. L. = Freitaufer.

Sonntag, den 20. Juni 26.

(3. n. Trinitatis).

Bromberg. Pauls-

kirche, Borm. 10 Uhr:

Sup. Ahmann. 11^{1/2} Uhr

Kindergottesdienst in der

Kirche. Donnerstag, abends

8 Uhr Bibelstunde im Ge-

meindehaus, Pf. Heftel.

Evangel. Pfarrkirche,

Borm. 10 Uhr: Pfarrer

Heftel. 1/2 Uhr: Pfarrer

Adr. Gottesdienst. — Dienstag,

abends 7^{1/2} Uhr Blaufreuz-

Veranstaltung im Konfe-

mandenstade.

Christuskirche, Borm.

10 Uhr: Pf. Burmback.

F. L. 1/2 Uhr: Adr.

Gottesdienst. — Mittwoch,

abends 7^{1/2} Uhr Singfest.

Ev. Gemeinde, Libelta

(Bachmanns). 8. Borm.

9^{1/2} Uhr: Gebetsandacht

7^{1/2} Uhr Sonntagschule.

Nachm. 4 Uhr: Gottes-

dienst. — Mittwoch, abends

7^{1/2} Uhr Singfest.

Evangel. Gemeinde, Libelta

(Bachmanns). 8. Borm.

9^{1/2} Uhr: Gebetsandacht

7^{1/2} Uhr Sonntagschule.

Nachm. 4 Uhr: Gottes-

dienst. — Mittwoch, abends

7^{1/2} Uhr Singfest.

Christl. Gemeinde, Marcinkowskiego (Fischer)

8 b. Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst.

Nachm. 4 Uhr: Jugendverein.

— Donnerstag, abends 8 Uhr

Gebetsstunde.

Prinzenthal. Borm. 9 Uhr: Gottesdienst. —

Donnerstag, abends 8 Uhr

Bibelstunde in Blumwes

Kinderheim.

Jägerhof. Borm. 11

Uhr: Gottesdienst.

Schrödersdorf. Borm.